

„Auch mal den Sohn beim Fußballspiel sehen“

Verkäuferinnen demonstrierten für den Erhalt ihrer zwei freien Samstage im Monat

Vielleicht ist der eine oder andere noch der Zeit gewahr, als es sich als problematisch erweisen konnte, abends oder an Wochenenden einkaufen zu gehen. Der Thüringer Ladenschluss war unter der Woche bei 20 Uhr angesetzt, am Samstag durften Läden nur bis 16 Uhr öffnen. Als Konsument schielte man, vielleicht im Urlaub angeregt, neidisch in Richtung Amerika, in das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, welches seinen Bürgern in klotzigen Walmart-Fillialen am Stadtrand auch unbegrenzte Einkaufsmöglichkeiten – und das rund um die Uhr – garantierte.

Doch ab 2006 änderte sich die Situation in Thüringen. Inzwischen ist es dem Einzelhandel möglich, werktags theoretisch durchgehend und an Samstagen bis 22 Uhr geöffnet zu haben. DIE LINKE kritisierte diese Entwicklung von Anfang an: Denn wo der Kunde frohlocken mag, sehen sich MitarbeiterInnen im Einzelhandel mit der Forderung nach mehr Flexibilität der Dienstzeiten konfrontiert, häufige Spät- und Samstagsschichten werden zur Regel.

Um einer völligen Entgrenzung der Arbeitszeiten entgegenzuwirken, legte die CDU-SPD-Landesregierung den Einzelhandelsunternehmen zu Beginn des Jahres auf, dass ihre Mitarbeiter jedoch mindestens zwei Samstage im Monat frei bekommen müssten. Letztlich nur das Feigenblatt einer rein wirtschafts- und konsumorientierten Politik, die den Menschen hintanstellt, war diese Verordnung trotzdem besser als gar nichts. Nunmehr soll jedoch auch diese Barriere fallen. Das Möbelhaus Höffner hat bereits Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen diese Regelung eingereicht und die regierende Koalition lässt sich aufgeschreckt

am Nasenring durch die Manege ziehen. Wenn es nach ihr geht, werden die zwei freien Samstage bald Geschichte sein. Die Gewerkschaften machten am 13. September gegen die drohenden Zustände mobil. Bereits um 8 Uhr traf sich die Betriebsrätin des Real-Marktes Gothaer Straße in Erfurt mit der LINKEN Abgeordneten Karola Stange in ihrem Büro im Landtag. Bei einem Morgen-Kaffee redeten sie offen



über die Verhältnisse im modernen Einzelhandel: Dass in ihrer Filiale von 131 Angestellten noch acht in Vollzeit arbeiten und das auch nur die Personen in Führungspositionen sind. Dass die steigende Zahl von Leiharbeitern teilweise vier Samstage die Woche arbeitet, was dadurch verschleiert wird, dass an als „frei“ deklarierten Tagen in ihrem Markt sie einfach in die andere Erfurter Filiale geschickt werden.

Das alles bei Löhnen, die brutto teilweise 50 Prozent unter denen Festangestellter liegen. Und bei allem wird sie nicht müde hinzuzufügen, dass es ihnen damit noch wirklich gut geht. Die

Mitarbeiter anderer Ketten verfügen oftmals nicht einmal über gewerkschaftliche Organisation.

Gleich nach dem Gespräch geht es vor den Landtag zu einer Demonstration von mehr als 100 Einzelhandelsangestellten. Eine ausgerollte Tapete liegt vor den Menschen, darauf zu lesen sind die Dinge, die den (überwiegend weiblichen) Anwesenden ohne ihre Samstage verloren gingen: Den Sohn beim Fußballspiel sehen. Den unter der Woche auf Montage befindlichen Ehemann treffen. Es ist kühl an diesem frühherbstlichen Morgen. Mitarbeiter und Abgeordnete der LINKEN schenken Kaffee aus. Gewerkschafterinnen und Betroffene sprechen, auch Karola



kommt zu Wort und macht die Position der Linksfraktion klar, was mit Applaus und lautstarkem, beifälligen Pfeifen quittiert wird. Dann geht es in den Sozialausschuss, das Thema der Abschaffung der beiden Samstage steht auf der Tagesordnung. Eigentlich zumindest. In realer ist die Sitzung schnell beendet: Zu beiden einzigen zu besprechenden Punkten gäbe es noch „Diskussionsbedarf“ in der Koalition, sie sollen vertagt werden. Der Ausschuss führt sich ad absurdum. Die LINKEN Abgeordneten sind dagegen, wollen Klärung erzielen, wollen das Plenum sinnvoll nutzen, doch gegen die Mehrheit der Regierung haben sie keine Chance. Nach zehn Minuten verlassen die Sozialpolitiker den Konferenzraum. Die Demonstranten vor dem Landtag sind verschwunden, das Thema wird irgendwann im Oktober besprochen. Wenn es zu kalt zum Demonstrieren ist?

Tobias Wolfram

Gespräche am VdK-Infobus

Auch in diesem Jahr tourte der Infobus des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen durch Deutschlands Mitte. Vom 5. bis zum 19. September machte er an 21 Orten in Thüringen und Hessen Station, darunter Suhl, Eisenach, Weimar und Erfurt. Keine Frage, dass es sich Karola Stange (MdB) am 10. September nicht nehmen ließ, sich diesen trotz ihres engen Terminplans persönlich anzusehen. Am mit Materialien zu den unterschiedlichsten Themen von Organspende bis Patientenverfügung gespickten Infostand traf sie zudem auf lokale Prominenz: Den ehemaligen Oberbürgermeisterkandidaten Michael Menzel (LINKE) führte das Interesse an der Arbeit des Verbandes zum komplett behindertenfreundlichen ausgestatteten Infobus. Kein Wunder, denn „der VdK ist für Menschen in Not eine starke Stütze und leistet durch seine Arbeit einen unschätzbaren Dienst für Kranke und sozial Benach-

teiligte“, so Karola Stange. Und in der Tat: Soziale Gerechtigkeit, ein starker Sozialstaat, Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger – dafür kämpft der VdK seit Jahrzehnten, gestaltet Sozial- und Gesellschaftspolitik, bietet soziale Dienstleistungen an und vertritt die Rechte seiner Mitglieder. Das ist jedoch nur durch eine kompetente ehrenamtliche Arbeit möglich, die bei den Gesprächen an diesem sonnigen Montagnachmittag im Mittelpunkt steht. Gegenseitiges Vorstellen ist überflüssig, der Empfang herzlich: Man kennt sich teilweise seit Jahren und arbeitet in verschiedensten Gremien erfolgreich zusammen. Denn letztlich kann eine gerechte Sozialpolitik, wie der VdK sie fordert, nur erreicht werden, wenn Akteure aus Verbänden und Bewegungen auf die einzige Partei zugehen, die ebenfalls für eine gerechte Politik in Deutschland streitet: DIE LINKE. T. B.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Gut gemeint?

Gut gemeint, sagt ein geflügeltes Wort, sei das Gegenteil von gut gemacht. Selbst wenn man unterstellt, dass Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) ihre Anregung zur Zukunft der Geheimdienste gut gemeint hat, bewirken sie deswegen noch nichts Positives. Schon dann, wenn verharmlosend „Pannen bei der Aufklärung“ angeführt werden, wie von Lieberknecht, sollte man hellhörig werden.

Im Magazin „Cicero“ konstatiert Michael Kraske hinsichtlich der Mentalität der Geheimdienste gegenüber den Parlamentsausschüssen eine bewusste Strategie: „Ein Sabotage-Akt überholt den anderen.“ Kraske weiter: „Die Abgeordneten werden von deutschen Sicherheitsbehörden weiterhin hinter Licht geführt.“ Die Glaubwürdigkeit der Behörden hält auch Martina Renner, Landtagsabgeordnete der Linksfraktion und stellvertretende Vorsitzende des Thüringer NSU-Ausschusses, für „erheblich gestört“. Inzwischen sei deutlich geworden, dass das Unterstützerumfeld des Terrornetzwerkes NSU „von staatlichen Informanten der Geheimdienste und der Polizei durchsetzt“ war, betont die Abgeordnete. Dennoch wurden die untergetauchten Neonazis nicht gefasst, ihre Mordtaten und weiteren Verbrechen nicht verhindert...

„So wie es ist, darf es nicht bleiben“, fordert Journalist Kraske. Selbst Lieberknecht plädiert für einen „grundlegenden Neuanfang der Sicherheitsstruktur“. Der erweist sich aber als glatter Etikettenschwindel. Die „Zusammenlegung von Ämtern“ ist die Ultima Ratio der Ministerpräsidentin – geschenkt! Für ihren Innenminister reicht pure Kosmetik, die zentrale Kontrolle aller Spitzel durch den Bundes-„Verfassungsschutz“ oder eine Eingliederung des Geheimdienstes ins Thüringer Innenministerium. Vor wirksamen Konsequenzen drücken sich beide: der Auflösung des Inlandsgeheimdienstes.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.